

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet www.der-paritaetische.de

Rosenbrock neuer Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes



Der Gesundheitsexperte Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Foto) ist neuer ehrenamtlicher Bundesvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er folgt damit auf Dr. Eberhard Jüttner, der bei der diesjährigen Mitgliederversammlung nicht mehr kandidierte. Der 66-jährige Rosenbrock ist seit mehr als 35 Jahren in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Gesundheitsforschung tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen. Seit 1995 leitet er die Forschungsgruppe »Public Health« im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Dem Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist er seit Jahrzehnten eng verbunden, u. a. durch sein Engagement für die Deutsche AIDS-Hilfe sowie als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg, die jährlich den Kongress »Armut und Gesundheit« organisiert. In seiner Antrittsrede kündigte Rosenbrock an, das Profil des Verbandes als »Wächter in sozialen Fragen« weiter schärfen zu wollen. Der

Paritätische Wohlfahrtsverband ist mit über zehntausend selbstständigen Mitgliedsorganisationen einer der großen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.
www.der-paritaetische.de

Beschäftigungsunternehmen vor dem Aus

Eine Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Situation von Beschäftigungsinitiativen belegt dramatische Entwicklungen bei den Hilfen für langzeitarbeitslose Menschen. Der Verband warnt vor dem schleichenden Tod der öffentlich geförderten Beschäftigung und fordert eine sofortige arbeitsmarktpolitische Kehrtwende. Nach der repräsentativen Umfrage des Verbandes haben bisher nur 20 Prozent der Träger von Beschäftigungsinitiativen die drastischen Kürzungen seit 2010 ohne Einschränkungen überstanden, mehr als ein Fünftel dagegen hat die Arbeit in der Integration von Langzeitarbeitslosen bereits einstellen müssen, vier Prozent mussten Insolvenz anmelden. Der Verband kritisiert die einseitige Fokussierung auf die »schnelle Vermittlung gut Qualifizierter und schnell Vermittelbarer«. Opfer des aktuellen arbeitsmarktpolitischen Kurses der Bundesregierung seien letztlich die 400.000 Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren, darunter viele Menschen ohne Ausbildung, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, ältere Arbeitslose oder ohnehin benachteiligte Jugendliche, die staatlicherseits schlicht abgeschrieben würden. In den vergangenen zwei Jahren seien die öffentlichen Beschäftigungsangebote von 340.000 auf 155.000 um reduziert worden, so der Verband. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sei auf gerade noch 42.000 zusammengeschrumpft. Mit der neu in Kraft getretenen sogenannten Instrumentenreform werde die Situation noch einmal ver-

schärft. Der Paritätische fordert einen gezielten Ausbau öffentlich geförderter, dauerhafter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Studie »Längsschnittumfrage zu den Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik 2010–2012« kann auf der Website des Verbandes abgerufen werden.
www.der-paritaetische.de

Paritätischer legt Rechtsleitfaden zur Aufsicht über Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor

Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Hamburg hat die Broschüre »Die Aufsicht über Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe« herausgegeben. Der Praxisleitfaden wurde von Rechtsanwalt Rüdiger Meier entwickelt. Die Ausführungen geben für Leistungsanbieter einen umfassenden Überblick zu den im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verankerten Regelungen zum Heimaufsichtsrecht und den damit verbundenen Bundesgesetzen zur Erteilung der Betriebserlaubnis und Durchführung von Örtlichen Prüfungen. Die 21-seitige Broschüre kann kostenlos von der Website des Paritätischen heruntergeladen werden.

www.paritaet-hamburg.de/aktuell/J%20LEITFADEN%20HEIMAUFSICHT.pdf

Fallzahlbegrenzung für den Allgemeinen Sozialen Dienst gefordert

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst/Kommunaler Sozialer Dienst ruft in einer Stellungnahme zur Diskussion über eine Fallzahlbegrenzung im Allgemeinen Sozialen Dienst auf und fordert vom Gesetzgeber Anstrengungen für die Qualitätssicherung des Schutzauftrages der Jugendhilfe. Die Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe, insbesondere des örtlichen Kinderschutzes seitens der

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Kindertagesstätten

Betreuung, Bildung, Erziehung – die Qualität und ihr Preis

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Der Auftrag ist die persönliche, soziale und berufliche Förderung junger Menschen – Das Ziel ist Gesellschaftsfähigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag: zivilgesellschaftlicher Mehrwert

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam

Kritische Kooperation erwünscht: Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft: Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Der Jahresbezugspreis beträgt 74,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 37,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 16,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 2104-27,
E-Mail Nomos@nomos.de,
Internet <http://www.nomos.de>

Jugendämter, hätten in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung und an Aufwand zugenommen. Auch der Gesetzgeber habe in den letzten Jahren wiederholt jugendhilfe- und familienrechtliche Veränderungen vorgenommen und damit einem wachsenden Bedürfnis nach Verbesserung der Kinderschutzpraxis Rechnung getragen. Eine gewissenhafte Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen des sogenannten Wächteramtes erfordere jedoch, die Rahmenbedingungen aufseiten der Fachkräfte in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter so zu gestalten, dass diese ihrer gesetzlichen Verpflichtung in verantwortlicher Weise nachkommen

können. Die zweiseitige Stellungnahme ist aus dem Internet frei herunterladbar. Internet <http://imos.web.fh-koeln.de/bagasd/wp-content/stellungnahme-fallzahlobergrenze.pdf>

Arbeiterwohlfahrt fordert Branchentarifvertrag für das Sozialwesen

Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich künftig noch stärker für faire Löhne in der Sozialbranche ein. Auslöser für das neue Engagement des Wohlfahrtsverbandes sind die stetig wachsenden Kosten und der Preisdruck, der in vielen Bereichen des Sozialwesens zu Niedriglöhnen ge-

führt habe. Die Arbeiterwohlfahrt und der Arbeitgeberverband des Verbandes hätten daher eine Initiative für einen weitergehenden allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrag Soziales beschlossen, so Gero Kettler, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Arbeiterwohlfahrt. Kettler sieht in einem allgemeingültigen Tarifvertrag das beste Mittel, um Soziale Arbeit wieder aufzuwerten. Denn Lohndumping und ruinöser Preiswettbewerb gingen nur zulasten der Qualität Sozialer Arbeit.

www.awo.de

www.agv-awo.de

Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestiegen

Die Gesamtzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung) in Deutschland erhöhte sich zum Jahresende 2010 gegenüber 2006, Zeitpunkt der letzten Erhebung, um rund fünf Prozent auf 29.200. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sank dabei die Zahl der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft um 1,8 Prozent. Die freien Träger betrieben dagegen 4,6 Prozent mehr Einrichtungen als vier Jahre zuvor; ihr Anteil an den Einrichtungen insgesamt lag bei rund 76 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne hauswirtschaftliches und technisches Personal) stieg bundesweit gegenüber 2006 auf 195.200 Personen, ein Plus von 15,3 Prozent. Davon waren fast 50 000 Personen in der Heimerziehung tätig, mehr als 20.000 in der freizeitbezogenen offenen Jugendarbeit. *Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>*

Arbeitsagentur legt Hinweise zur »Freien Förderung« vor

Die gesetzlichen Regelungen für die sogenannte »Freie Förderung« wurden im Zuge des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt verändert. Ab April 2012 können die Jobcenter nun 20 Prozent der auf sie entfallenen Eingliederungsmittel einsetzen, um Leistungen der freien Förderung gem. § 16 e SGB II (Förderung von Arbeitsverhältnissen) und 16 f SGB II zu finanzieren. Sinn und Zweck der freien Förderung ist es, den Jobcentern ein »Erfindungsrecht« einzuräumen, um neue Maßnahmen zur Eingliederung einzusetzen, die notwendig sind, um die Ziele des Gesetzes zu erreichen. Zum Zweck der Vernetzung wird in den Hinweisen der Nürnberger Agentur für Arbeit auf die Möglichkeit zur gemeinsamen Finanzierung mit anderen Leistungsträgern (z. B. Kommunen) hingewiesen. Die Freie Förderung wird mittels Vergabe oder Projektförderung umgesetzt. Beim Einsatz von Mitteln Dritter (z. B. Landesmittel des Euro-

päischen Sozialfonds) kann innerhalb der Vergabe auf die freihändige Vergabe zurückgegriffen werden, wenn durch den Einsatz der Mittel Dritter »erheblich wirtschaftlichere« Angebote als vergleichbare Angebot des Marktes eingekauft werden können. Eine Träger- und Maßnahmenzulassung ist für die Freie Förderung nicht vorgesehen. Mit Verweis auf eine vermutete »hohe Fehleranfälligkeit« ist eine vollständige und detaillierte Dokumentation erforderlich. Die 21 Druckseiten umfassenden »Fachlichen Hinweise Freie Förderung SGB II nach § 16f SGB II – Anlage zur HEGA 03/2012 – Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt hier: Freie Förderung SGB II« vom 20. März 2012 sind auf der Website der Agentur für Arbeit frei herunterladbar.

Internet <http://www.arbeitsagentur.de/bund/generator/goto?id=674374>

Europäisches Projekt soll Akteure der Sozialwirtschaft zusammenbringen

Mit Innovationen bei sozialen Dienstleistungen beschäftigt sich ein neues Verbundprojekt der Europäischen Union, das vom Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg koordiniert wird. Ziel des Projekts »Social Platform on Innovative Social Services« (InnoServ) ist die Errichtung eines Forums, das Vertreter aus Forschung, Praxis und Politik im Bereich der Planung und Durchführung sozialer Dienstleistungen zusammenbringt. An dem auf zwei Jahre angelegten Vorhaben sind elf Forschungseinrichtungen aus neun europäischen Ländern beteiligt. Die Gesamtfördersumme beträgt knapp 1,5 Millionen Euro. Als wichtige Funktion des Projekts nennt Prof. Dr. Johannes Eurich die Nutzung niederschwelliger Kommunikationsmittel wie Kurzfilme oder Podcasts. Diese sollen die Kommunikationshürden zwischen den einzelnen Forschungsdisziplinen und der praktischen Anwendung überwinden und eine breite Zielgruppe ansprechen. Projektpartner in Deutschland ist die Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg; außerdem wirken an dem Verbundvorhaben Forschungseinrichtungen in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Norwegen, Dänemark, Spanien und Italien mit.

Internet <http://www.dwi.uni-heidelberg.de/innoserv/index.html>

Maßnahmen gegen Fachkräftemangel



Das derzeit wohl größte Problem für Pflegeanbieter ist der Fachkräftemangel. Er beeinträchtigt in manchen Regionen bereits heute die Perspektiven der Branche, er breitet sich allmählich aus und er droht angesichts zunehmender Nachfrage nach Pflegedienstleistungen bei zurückgehenden Schulabgängerzahlen, die ihre Berufsausbildung beginnen, über lange Zeit bundesweit präsent zu bleiben. Ein neu erschienenes Buch erörtert in 22 Beiträgen die Ausgangslage, benennt Gestaltungsoptionen und diskutiert Lösungsstrategien, die in Akutpflege (Krankenhaus) und Langzeitpflege (ambulante Dienste und Pflegeheime) seitens verantwortlicher Akteure eingeleitet wurden oder erwogen werden. Das Buch »Fachkräftemangel in der Pflege: Konzepte, Strategien, Lösungen« bildet eingangs den Ist-Stand der Fachkräftesituation ab und erörtert Pflege im Kontext des demografischen Wandels. Dabei werden u. a. Aspekte wie ältere Arbeitnehmer in der Pflege, rechtliche Rahmenbedingungen und Auswirkungen der Gesundheits- und Pflegereformen diskutiert. Die Besonderheiten des Arbeitsmarktes in der Pflege, seine Internationalisierung im Zuge von Wanderungen von Fachkräften nach Deutschland hin und aus Deutschland weg, die Konkurrenz zwischen Versorgungssettings in der Akut- und Langzeitpflege mit vermehrt beruflichen Optionen (hoch) qualifizierter Pflegefachkräfte sowie rechtliche Rahmenbedingungen wie die

Fachkraftquote werden dargelegt und hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Fachkräfteproblematik hinterfragt. Ziel ist es dabei, den Rahmen zu skizzieren, innerhalb dessen Lösungen gefunden werden müssen. Es werden heute bereits zahlreiche Ansätze einer demografieorientierten Personalgewinnung und Personalentwicklung bei Leistungserbringern in der Pflege – aber auch außerhalb des Pflegemarktes – umgesetzt, um perspektivisch die sich auftuende Schere zwischen Angebot und Nachfrage ein Stück weit zu schließen. Diese werden im Werk von Verantwortungsträgern der Pflegewirtschaft und Personalmanagementberatern vorgestellt. Dem Leser werden hier innovative Konzepte, aber auch traditionelle Instrumente, die sich in anderen Bereichen und Branchen bewährt haben, präsentiert.

Uwe Bettig, Mona Frommelt, Roland Schmidt: Fachkräftemangel in der Pflege: Konzepte, Strategien, Lösungen. medhochzwei Verlag. 372 Seiten. 54,95 Euro. ISBN 978-3-86216-078-5.

Förderrichtlinien für Jugendfreiwilligendienste in Kraft getreten

Am 1. April 2012 sind die neuen Förderrichtlinien Jugendfreiwilligendienste in Kraft getreten. Erstmals anwendbar sind diese Regelungen im Antragsverfahren für den Freiwilligenjahrgang 2012/13. Zwei wichtige Änderungen: Zum einen werden künftig immer alle Freiwilligen eines Trägers in die Förderung einbezogen. Zum anderen wird anhand der bereits aus dem laufenden Förderjahrgang grundsätzlich bekannten Finanzierungspläne ein trägerbezogener Festbetrag von bis zu 200 Euro ermittelt. Die Antragstellung läuft im Freiwilligen Sozialen Jahr wie bisher über das Zentralstellenverfahren und im Freiwilligen Ökologischen Jahr über das Länderverfahren. Nach Vorlage der neuen Förderrichtlinien hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages entschieden, die bisherige Sperre von 25 Prozent der für 2012 vorgesehenen Mittel für die Jugendfreiwilligendienste aufzuheben, so dass das Bewilligungsverfahren nun eingeleitet werden kann. Der im Internet abrufbare Newsletter 17/2012 des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Angelegenheiten informiert über die Einzelheiten

der neuen Bestimmung.
www.bafza.de

Selbstgefährdung bricht Schweigepflicht



Zeigt ein Patient eine Selbstmordabsicht, und ist er mit einer stationären Einweisung nicht einverstanden, muss der Psychotherapeut handeln, und zwar mit einer Meldung an den Sozialpsychiatrischen Dienst oder das Gesundheitsamt, im Notfall an Polizei oder Rettungsdienst. Diese Einrichtungen können die Zwangseinweisung veranlassen. Eine akute Selbstgefährdung des Patienten breche die Schweigepflicht des Therapeuten, stellen Alexandra Gall-Peters und Gerhard Zarbock in ihrem neuen »Praxisleitfaden Verhaltenstherapie« klar. Macht der Therapeut keine Meldung, macht er sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig und wird straffällig. Dies sollte der Therapeut dem Kranken verdeutlichen – und zeigen, dass es ihm auch als Mensch nicht gleichgültig sein kann, wenn ein Patient aus dem Leben scheidet. Eine Erläuterung wie diese wäre denkbar: »Ich möchte, dass Sie leben. Nach meinen Erfahrungen gibt es in jedem Menschen auch eine Stimme, die besagt, dass wir immer Wege finden, die zurück in ein lebenswertes Leben führen. Ich stehe bedingungslos aufseiten dieser Stimme und des Lebens. Daher habe ich auch meinen Beruf gewählt. Da Ihre Stimme für das Leben im Moment nicht genügend Gehör findet, müssen wir uns von außen Hilfe holen in der Klinik.« Verlässt der Patient in suizidaler Absicht die Praxis, muss die Polizei unmittelbar verständigt werden. Gall-Peters und

Zarbock warnen eindringlich davor, bei einem suizidalen Patienten einer selbstkritischen Reflexion und einer weitreichenden therapeutischen Verantwortung aus dem Wege zu gehen.

Alexandra Gall-Peters, Gerhard Zarbock: Praxisleitfaden Verhaltenstherapie. Störungsspezifische Strategien, Therapieindividualisierung, Patienteninformationen. Verlag Pabst, Lengerich/Berlin 2012, 556 Seiten. 29,- Euro. ISBN 978-3-89967-759-1.

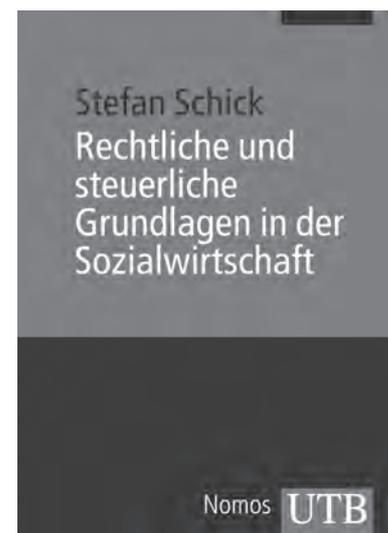
Steuerwegweiser für Vereine

Das Hessische Ministerium der Finanzen hat seine Broschüre »Steuerwegweiser für Gemeinnützige Vereine und für Übungsleiter/innen« überarbeitet und neu veröffentlicht. Der Leitfaden informiert grundlegend über die steuerliche Behandlung gemeinnütziger Vereine und enthält zahlreiche Gesetzestexte und Mustervorlagen. Die 152-seitige Broschüre kann kostenlos von der Website des Ministeriums heruntergeladen werden. Dort finden sich für Vereine und Organisationen noch weitere hilfreiche Hinweise und Dokumente, beispielsweise Vorlagen für Geld- und Sachzuwendungen.

www.hmdf.hessen.de

(Suchbegriff: Steuerwegweiser)

Alles über Recht und Steuern



Eine knappe und doch umfassende Einführung in die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen für soziale Organisationen gibt das neue Buch von Prof. Dr. Stefan Schick. Der Stuttgarter Fachanwalt gibt in seinem neuen Werk einen Kurzüberblick über das

Vertragsrecht, widmet sich den arbeitsrechtlichen Grundlagen mit den Besonderheiten im Bereich der Sozialen Arbeit und erläutert die organisationsrechtlichen Grundlagen. Die Einführung in die steuerlichen Grundlagen legt ihren Schwerpunkt auf das Gemeinnützigkeitsrecht, das eingehend und systematisch dargestellt wird, und gibt einen Überblick über die umsatzsteuerlichen Grundlagen und vertieft die umsatzsteuerlichen Besonderheiten im Bereich der Sozialwirtschaft.

Stefan Schick: Rechtliche und steuerliche Grundlagen in der Sozialwirtschaft. Verlag UTB. 211 Seiten. 21,99 Euro. ISBN 978-3-8252-3530-7.

»Den Wandel steuern«

Die Sozialwirtschaft in Deutschland ist bislang ohne größere Blessuren durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Doch Wohlfahrtsverbände und soziale Unternehmen stehen dennoch vor großen Herausforderungen, die es im Interesse ihrer Nutzer und Mitarbeitenden zu bewältigen gilt. Die Finanznöte von Kommunen und der Sozialversicherungen zählen ebenso zu den Klippen, die es zu umschiffen gilt, wie der demografische Wandel und die zunehmende Individualisierung und Komplexität der Angebote und Dienstleistungen – bei gleichzeitig steigendem Bedarf an Transparenz von Angebot und Leistungserbringung. Der 7. Kongress der Sozialwirtschaft widmete sich im Mai 2011 in Magdeburg einer differenzierten Analyse der Probleme und der Suche nach funktionierenden Lösungen. Für den alle zwei Jahre stattfindenden Branchentreff hatten rund 400 Führungskräfte aus dem sozialen Bereich teilgenommen. Der nun vorliegende Tagungsband enthält die Vorträge im Plenum und in den Foren, die unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchten. Das Werk ist als Band 33 in der Reihe Edition Sozialwirtschaft erschienen.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW): Den Wandel steuern. Personal und Finanzen als Erfolgsfaktoren. Bericht über den 7. Kongress der Sozialwirtschaft vom 26. und 27. Mai 2011 in Magdeburg. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. 391 Seiten. 69,- Euro. ISBN 978-3-8329-6837-

Kennzahlen

»Immer und immer wieder bitte ich:
weniger Zahlen, dafür gescheitere.«

Wladimir Iljitsch Lenin,
russischer Politiker (1870–1924)

89.899

Zahl der Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften in Deutschland (Stichtag 31.12.2011)

30,10

Kosten in Euro für eine geleistete Arbeitsstunde in der deutschen Privatwirtschaft im Jahr 2011 (EU-Durchschnitt: 22,80 Euro, am teuersten Belgien mit 33,90 Euro, am billigsten Bulgarien mit 3,50 Euro)

4,8

Anteil der Bildungsausgaben in Prozent am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2008

7,6

Anteil der Bildungsausgaben in Prozent am Bruttoinlandsprodukt in Südkorea im Jahr 2008

63,2

Krankheitstage in Deutschland im Jahre 2010 pro 1.000 Versicherte, die auf das »Burn-out-Syndrom« zurückgeführt werden (2004: 4,6 Krankheitstage, 2007: 24,2 Krankheitstage)

126

Zeit in Minuten, die Frauen in den OECD-Staaten durchschnittlich am Tag kochen und putzen (Männer: 31 Minuten)

1.298.701

Durchschnittliche Kosten in Euro für ein Tor des FC Bayern München in der Bundesligaspielzeit 2011/2012 (Ausgaben für Spielerverpflichtungen geteilt durch die geschossenen Tore)